

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

K 0114/2016 (DDI)

Kleine Anfrage Tobias Fischer (SVP, Hägendorf): Turnaround bei den stetig steigenden Krankenkassenprämien (06.07.2016)

Unser Gesundheitswesen basiert auf einem Konzept, welches Jahr für Jahr höhere Krankenkassenprämien nach sich zieht und – sollte nicht baldmöglichst Gegensteuer gegeben werden – aus sämtlichen Fugen zu geraten scheint. Die Kosten im Gesundheitswesen steigen stetig an. Gründe dafür gibt es viele. Ich denke hier zum Beispiel an die Medikamentenpreise, welche durch den Bund, für mich aus unerklärlichen Gründen, in verantwortungsloser Art und Weise teilweise massiv zu hoch, ja geradezu in astronomischer Höhe, festgelegt werden, was von den Pharmakonzernen dankend entgegengenommen und schamlos ausgenutzt wird. Es sind natürlich grösstenteils die Krankenkassen, welche die Kosten zu tragen haben. Hunderte von Millionen von Franken liessen sich einsparen, wenn man nur wollte.

Ein weiterer Punkt, der zu Intransparenz führt und damit leicht ausgenutzt werden kann, ist die Tatsache, dass die Abrechnungen einer ärztlichen Behandlung direkt vom Arzt zu den Krankenkassen geschickt werden. Dem Patienten wird so die ihm zustehende Kontrolle und Übersicht über die verrechneten Behandlungspunkte entzogen. Wenn eine Krankenkasse die Kosten übernimmt, ist der Fall wohl meistens erledigt, egal, ob die Kosten gerechtfertigt sind oder nicht.

Was besonders beunruhigt, ist die Tatsache, dass nichts oder mindestens viel zu wenig dagegen unternommen wird. Zu stark sind offenbar die entsprechenden Lobbys in Bern.

Bereits jetzt schon ist jede dritte Person unserer Bevölkerung auf staatliche Unterstützung IPV angewiesen, welche sich im Jahr 2015 für den Kanton Solothurn auf netto 60.5 Mio. Franken beläuft. Geht es in diesem Sinne weiter, wird wohl bald jede zweite Person auf finanzielle Hilfe angewiesen sein. Was dann?

Diese fatale Entwicklung ist mit Bestimmtheit nicht im Sinne des „einfachen“ Schweizervolks, sie muss unbedingt gestoppt werden. Da sich dafür jedoch offensichtlich niemand ernsthaft bemüht, gelange ich mit folgenden Fragen an den Regierungsrat:

1. Wäre es nicht - um wenigstens ein bisschen Gegensteuer zu geben - den Versuch wert, wenn der Regierungsrat beim Bundesamt für Gesundheit allen nur erdenklichen Druck ausüben würde, um zu erreichen, dass die oben erwähnten beiden Punkte in vernünftige Bahnen gelenkt werden?
2. Hat der Regierungsrat bereits andere Möglichkeiten ins Auge gefasst, um diese unheilvolle Entwicklung abzuwenden? Wenn ja, welche?
3. Muss oder will der Regierungsrat dem ganzen Geschehen tatenlos zusehen?

Begründung 06.07.2016: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Tobias Fischer (1)